



Umbau der Rodigallee führt zu Behinderungen

Bürgerinitiative kritisiert FDP für **KEHRTWENDUNG**

JENFELD/MARIENTHAL Auf der Rodigallee kommt es derzeit durch die baustellenbedingte Einspurigkeit zu massiven Verkehrsbehinderungen.

RAINER GLITZ

Um dem Stau zu entgehen, nutzen Viele die Nebenstraßen. Wie die Initiative „Rettet die Rodigallee“ jetzt mitteilte, kommt es dort zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen, mehr Lärm und Abgasen und einer erhöhten Unfallgefahr. All dies will die Initiative gegen den Rückbau der Hauptstraße seit ihrer Gründung verhindern. Die Aktivisten kritisieren in diesem Zusammenhang die FDP. Die habe mit der Forderung, die Rodigallee zu erhalten, erfolgreich um Stimmen bei der Bezirkswahl geworben.

„Nun verlautet die FDP allerdings im Zuge ihrer Koalitionsverhandlungen mit SPD und Grünen völlig überraschend, dass man sich entgegen der eigenen Wahlprogrammatik doch auf einen Rückbau der Rodigallee verständigt habe“, heißt es von der Bürgerinitiative. „Den



Derzeit kommt es auf der Rodigallee regelmäßig zu Staus.

Foto:
Bürgerinitiative

regierenden Parteien warf sie mangelnde Transparenz und fehlende Bürgernähe vor. Jetzt selbst auf dem Weg eine Regierung zu bilden, will die FDP von alledem nichts mehr wissen“, so der stellvertretende Sprecher der Initiative Holger Neumann. Auch auf Nachfrage habe man keine Antwort von der Fraktionsvorsitzenden Birgit Wölff bekommen. Aus Parteikreisen habe man dann erfahren, dass die Rodigallee offenbar zur Verhandlungsmasse bei den Verhandlungen wurde. „Es ist schon überraschend, wie die FDP ihr Kernthema der vo-

rausgegangenen Wahlen nun fallen lässt“, so der Sprecher von „Rettet die Rodigallee“ Christian Paulsen. Bürgermeister Peter Tschentscher persönlich habe die Planungen zum Rückbau der Rodigallee gestoppt. Denn die Entscheidungshoheit habe das Land Hamburg, nicht der Bezirk Wandsbek. Die selbsternannte Wirtschaftspartei FDP sollte sich bis zur Bürgerschaftswahl Gedanken über den Wirtschafts- und Arbeitnehmerverkehr in Hamburg und ihre eigene Glaubwürdigkeit machen, so die Initiative.